

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Europa und Internationales

Antrag: E 01
Votum der Antragskommission: Diskussion
Votum des Parteitags: mehrheitlich angenommen

Thema: Den Brexit zum Neustart machen: Für eine EU des Ausgleichs, der Demokratie und gemeinsamen Verantwortung

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Die SPD fordert die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und die Bundesregierung, insbesondere die sozialdemokratischen Mitglieder dieser Institutionen, auf, bei den Verhandlungen über den Brexit und bei den Vorbereitungen für eine Überarbeitung Europäischer Strukturen infolge des Brexit folgende Eckpunkte zu beachten:

Brexit: Wer ausscheidet, entscheidet nicht mehr!

- **Keine Sonderkonditionen und Rabatte für Großbritannien durch den Brexit!**
- **Keine EFTA-Mitgliedschaft ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Großbritannien!**

Eine neue Vision von Europa:

- **Europa muss der Raum werden, der weltweit als Heimat einer sozialen und demokratischen Gesellschaftsordnung gilt**
- **Europa muss ein Raum des Ausgleichs werden, in dem starke Regionen weiterhin strukturell schwache Regionen so unterstützen, dass es zu vergleichbaren, angeglichenen Lebensverhältnissen kommt**
- **Europa braucht eine harmonisierte Steuerpolitik, die Steuervermeidung verhindert und Steuerwettbewerb unterbindet**
- **Die EU muss eine Sozialunion werden, sie muss gewährleisten, dass in der EU niemand zurückbleibt und keiner hungern und frieren muss - wir brauchen soziale Mindeststandards in der gesamten Union, soziale Grundsicherung und Mindestlöhne**
- **Die EU muss in ihren Institutionen zu einer transparenten Demokratie werden, in der dem Parlament die zentrale Kontrollfunktion der Kommission zukommt, es eigene Initiativrechte hat und den Kommissionspräsidenten wählt**
- **Die EU muss die Verantwortung ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf internationale Verpflichtungen, eine gemeinsame Außenpolitik und einen gemeinsamen Umgang mit Immigration, Migration und die Aufnahme von Flüchtlingen wahrnehmen**

Am 23. Juni 2016 haben die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs (UK) in einer nationalen Volksabstimmung für den „Brexit“, also den Austritt ihres Landes aus der

Europa und Internationales

EU, votiert. Dieses Ergebnis steht in einer Reihe europaweiter Kampagnen von Konservativen, Nationalisten und Rechtsradikalen gegen das Projekt der friedlichen und solidarischen Einigung der Menschen Europas.

Die Abstimmungsergebnisse zeigen zwar, dass deutlich mehr Anhänger der Labour Party und der politischen Linken für den Verbleib in der EU votiert haben als Anhänger der Konservativen und Nationalisten. Der genaue Blick verrät aber auch, dass in der Tendenz eher ältere, einkommensschwächere und bildungsfernere BritInnen aus ländlicheren Räumen für den Austritt votierten, während jüngere, bessere gebildete und einkommensstärkere BritInnen aus den Metropolen für den Verbleib stimmten. Diese Ergebnisse bestätigen den Eindruck, dass viele Menschen die EU für ein Projekt weltläufiger Eliten halten, das mit ihrem Alltagsleben wenig zu tun, oder es sogar erschwert. Das muss gerade uns SozialdemokratInnen zu denken geben. Trotz aller Ressentiments und Lügen, mit denen die Kampagne der Brexit-Befürworter behaftet war, zeigt sich hier ein Kern des Problems: **Wer das Projekt der europäischen Einigung für die Mehrheit der einfachen Leute wieder attraktiver machen will, muss es in zentralen Punkten ändern.**

Machen wir uns nichts vor: Der 23. Juni 2016 war ein schwarzer Tag für Europa. **Der Brexit ist ein Rückschlag für die Einigung des Kontinents.** Nicht nur verliert der Staatenbund EU ein großes, politisch mächtiges, ökonomisch starkes und kulturell bedeutendes Mitglied. Auch der Leitgedanke der europäischen Einigung, einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen, wird erstmals real in sein Gegenteil verkehrt. Zum ersten Mal tritt ein Staat aus der EU aus und beweist damit, dass die europäische Integration umkehrbar und die Union der Staaten und Völker Europas auflösbar ist.

Der Brexit rüttelt die EU durcheinander. Das fein austarierte System von Institutionen und Kompromissen muss nun das Tanzen lernen. Wenn jetzt klug und entschlossen gehandelt wird, dann ist der Brexit nicht der Anfang vom Ende der europäischen Integration, sondern ein Weckruf und der Beginn eines Neuanfangs.

1. Die Nationalisten und Gegner der europäischen Integration werden nun nicht mehr gegen Europa wettern und eine Alternative schuldig bleiben können. Ihre Option wird nun real erkennbar werden, mit all ihren Folgen: Einschränkung der Rechte und Freiheiten, Unsicherheit, Währungschaos, Wachstumsschwäche, Unternehmensabwanderungen und Arbeitslosigkeit. Häufig erkennt man nur im Verlust den Wert des Gewesenen. Niemals zuvor ist den Bürgerinnen und Bürgern so schlagartig klageworden, was ihnen die EU-Bürgerschaft nützt. Sie vom Gegenteil zu überzeugen wird in Zukunft schwieriger werden.
2. Das Bedauern über den Verlust des Partners UK sollte nicht darüber hinwegtäuschen, welche Rolle er lange Zeit einnahm. Britische Regierungen hatten stets eine dezidiert marktliberale Vorstellung von der europäischen Einigung und ein instrumentelles Verhältnis zum europäischen Staatenbund. Die EU, wie sie heute ist, ist auch ein Produkt des Beharrens der BritInnen auf dem Status Quo. Nicht wenige Probleme ihres jetzigen Zustands gehen darauf zurück, dass notwendige Schritte zur Vertiefung von Konservativen und Neoliberalen blockiert wurden und werden. Der Wortführer dieser Kräfte im Europäischen Rat war und ist UK. Mit dem Ausscheiden UKs aus der EU werden Politikoptionen wahrscheinlicher, die vorher noch unerreichbar schienen.

Europa und Internationales

3. Die europäische Integration ist in der Vergangenheit oft gerade in Momenten der Krise ihrer Institutionen vorangeschritten. Die Vertiefungsbereitschaft ist bei vielen Staaten zurück. So wie es ist in der EU, kann es nach Meinung vieler nicht bleiben. Der Wunsch nach einem Neuanfang hat breiten Rückhalt.

Der erste Schritt auf dem Weg zum Neuanfang liegt im Austrittsprozess selbst. Sobald das Vereinigte Königreich dem Europäischen Rat sein Austrittsvorhaben gemäß Art. 50 des Vertrages über die Europäische Union angezeigt hat, läuft eine zweijährige Frist, in der ein bilateraler Austrittsvertrag zwischen der EU und dem UK ausgehandelt wird. Bei aller Rücksicht auf die Gefahren einer politischen und ökonomischen Entfremdung zwischen UK und EU muss hier Klarheit walten:

- **Es darf keine Rabatte auf Grundwerte der EU geben.**

Die Vorzüge des gemeinsamen Marktes darf nur genießen, wer EU-BürgerInnen als Arbeitnehmer ins Land lässt und sich an den Kosten der gemeinsamen Politik beteiligt.

- **Wir erwarten von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Rates und des Europäischen Parlamentes, keinem Austrittsvertrag zuzustimmen, dass dem UK einen Sonderstatus zubilligt, indem der uneingeschränkte Binnenmarktzugang von der Arbeitnehmerfreizügigkeit und den Beiträgen zum EU-Budget abgetrennt wird.**

Ein solcher Vertrag wäre eine Aufmunterung für alle weiteren Feinde Europas, die Union weiter zu spalten. Er wäre der Anfang vom Ende für das Jahrhundertprojekt Europäische Einigung. Um ihrer eigenen Existenz und Zukunft willen muss die EU gegenüber dem Vereinigten Königreich ebenso unverrückbar an diesen Voraussetzungen festhalten, wie sie es gegenüber anderen assoziierten Staaten auch getan hat.

Die Erschütterung des Brexits sind zu groß, um nach Abschluss des Austrittsprozesses zur Tagesordnung überzugehen. Jetzt wird über die Zukunft der europäischen Einigung neu entschieden. Viele Konservative und Nationalisten wollen sich nun verdrückt zurück auf den Weg zum Nationalstaat des 20. Jahrhunderts machen. Sie wollen die Staatengemeinschaft zur Freihandelszone zurückentwickeln und das Europa der Menschen aufgeben. Sie erkennen nicht, dass es keinen Weg zurück geben kann: Die Geschichte ist weiter gegangen, die Menschen in Europa und darüber hinaus haben sich weiter entwickelt. Europa und alle Europäerinnen und Europäer müssen ihren Platz in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts einnehmen und sie gestalten.

Europa neu denken: Die Vision eines ganzen Kontinents als Heimat einer sozialen und demokratischen Gesellschaftsordnung

Die SPD hat den Mut, in der Europapolitik jetzt voran zu gehen. **Wir wollen den Brexit zum Neustart der europäischen Integration machen.** Die EU muss sozialer und demokratischer werden und international geschlossener auftreten.

Europa und Internationales

Ein Europa des Ausgleichs

Die alte Idee von der Europäischen Friedensunion, hergestellt durch den Abbau wirtschaftlichen Ungleichgewichts, durch Austausch unter den Bürgerinnen und Bürgern und durch Verflechtung der Mitgliedsstaaten, trägt heute nicht mehr. Zu selbstverständlich ist sie vielen geworden. Deshalb braucht die Europäische Union eine neue, eine soziale Vision.

Die europäische Integration soll die Angleichung der Lebensverhältnisse auf dem Kontinent fördern. Heute nehmen viele Menschen die EU als einen Akteur war, der den Gegensatz zwischen Arm und Reich nicht verringert, sondern zum Teil sogar verschärft. Insbesondere in den krisengeplagten Ländern Südeuropas gilt „Brüssel“ als Anwalt von Privatisierung und Sozialabbau. Gleichzeitig beweisen Steuerskandale wie Luxleaks, dass sich Reiche und multinationale Unternehmen in der EU aus der Verantwortung für das Gemeinwesen stehlen. Die EU muss den sozialen Ausgleich aktiv befördern. Eine Politik der gerechteren Verteilung zwischen Arm und Reich und des sozialen Ausgleichs der Regionen wird auch für den Fortbestand der Integration immer wichtiger. Denn die Vorteile der EU werden gerade in den schwächer entwickelten Regionen häufiger von Skepsis und Kritik überstrahlt und von Rechtspopulisten übertönt. Wer die Zustimmung zur europäischen Integration erhalten will, muss gerade hier ansetzen.

- Wir wollen **Steuervermeidung verhindern und Steuerwettbewerb unterbinden**. Wir fordern, dass multinationale Unternehmen offenlegen müssen, wo sie welche Gewinne erzielen und wie hoch ihre jeweilige Steuerlast ist („Country-by-country Reporting“). Die gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer muss nach Jahren der Diskussion endlich kommen und mit einem Mindeststeuersatz verbunden sein. Das organisierte Steuerdumping einzelner Mitgliedsstaaten der EU muss endlich ein Ende haben. Zwischen den Steuerbehörden muss der Austausch verbessert und automatisiert werden. Steuernachlässe für einzelne Unternehmen als Instrument des Standortwettbewerbs sind unzulässig und müssen mit Hilfe des Beihilferechts unterbunden werden.
- Die **Kohäsionspolitik** muss ein starkes Instrument europäischer Solidarität bleiben, das strukturschwache Regionen mit europäischer Hilfe fördert. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit v.a. junger Menschen sowie der sozialen und regionalen Spaltung in der EU ist ihre zentrale Aufgabe. Daher fordern wir die Bundesregierung und die sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf im Rahmen der kommenden Strategieprozesse, die die inhaltlichen Rahmenbedingungen der Kohäsionspolitik festschreiben (Makroökonomische Koordinierung, Europa 2020 usw.), auf diesen Förderfokus der Strukturfonds zu drängen. Die Kohäsionspolitik braucht ausreichend Mittel. Im Rahmen der Überprüfung des aktuellen EU-Haushalts und der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2028 fordern wir die sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Mittel für die Strukturpolitik nicht einfach proportional zum wegfallenden Anteil UKs gekürzt werden. Stattdessen sollen zusätzliche Mittel für erfolgreiche Kohäsionsprojekte durch eine zu schaffende EU-Eigenmittelquelle oder höhere Beiträge der Mit-

Europa und Internationales

gliedsstaaten gesichert werden. Um die weitere Auseinanderentwicklung boomender Großstädte und schwächerer ländlicher Räume zu verhindern, fordern wir die Sächsische Staatsregierung, die Bundesregierung und die sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, zu überprüfen, ob und wie im Rahmen der neuen Förderperiode der EU-Strukturfonds eine zielgenauere Förderung auf Ebene der Landkreise (sog. NUTS-3-Regionen) erfolgen kann.

Die Vision einer Europäische Sozialunion

Aber der soziale Ausgleich und die Angleichung der Lebensverhältnisse werden nicht ausreichen. Wir müssen die Idee, dass niemand zurückbleibt und keiner hungern und frieren muss, auf Europa übertragen. Dazu sind wir schon jetzt verpflichtet, wenn wir die Maßstäbe der Menschenwürde unseres deutschen Verfassungsrechts an die Europäische Grundrechtecharta anlegen. Wenn wir die breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und in ihr auch die sozial Benachteiligten für Europa begeistern wollen, muss Teil dieser Vision **die Europäische Sozialunion in einer Europäischen Sozialen Marktwirtschaft** sein. In dieser Sozialunion stellt sich die EU der Aufgabe, für soziale Mindeststandards in Europa zu sorgen. Diese Standards können innerhalb eines bestimmten Korridors anhand von festzulegenden Kriterien durchaus regional voneinander abweichen.

- Das bedeutet, dass alle Mitgliedsstaaten eine **soziale Grundsicherung** einführen. Für manche Mitgliedsstaaten wird das Geld kosten, für das die EU einstehen müsste, wenn die Staaten selbst nicht dazu in der Lage sind. Es können, je nach Ausgestaltung und Steuerkraft der Mitgliedsstaaten, Transferleistungen notwendig werden. Ein leistungsfähiger Wirtschaftsraum von 450 Millionen Menschen mit stabiler Konjunktur ist prinzipiell in der Lage diese Leistungen zu erbringen. Ein Europa, das tief greifende soziale Konflikte vermeidet und für alle Bürgerinnen und Bürger erkennbar seinen eigenen verfassungsrechtlichen Ansprüchen an die Menschenwürde endlich gerecht wird, ist diese Anstrengungen wert. Konkretisierung und Ausführung einer solchen Politik müssen lokal und regional geregelt werden. Sie sollten sich auf die gesellschaftlichen und technischen Möglichkeiten, auf die Qualifikation der Betroffenen und die neuen Möglichkeiten der Gestaltung von Arbeitszeit stützen. Unter den Umständen einer europäischen Sozialunion lässt sich dann ohne unwürdige Debatten die Aufnahme von Flüchtlingen entsprechend den europäischen Verträgen besser durchsetzen und mit europäischer Hilfe auch finanzieren.
- Die EU muss den schädlichen Wettbewerb der Regionen durch soziales Dumping auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirksam verhindern. Dies kann durch **Mindestlöhne** und die Stärkung von Tarifverträgen umgesetzt werden.

Ein Europa der transparenten Demokratie

Durch die Argumentation der Brexit-Befürworter zog sich immer wieder die Behauptung, in Brüssel entscheide eine weltfremde Bürokratie über Sachverhalte, die die Ebene der

Europa und Internationales

EU weder etwas angingen, noch dort entschieden werden sollten. Die EU werde nicht demokratisch kontrolliert, die Entscheidungen seien nicht legitimiert, und niemand wisse eigentlich, wer dort warum etwas beschließen dürfe. Das ist unzutreffend. Denn mit dem Europäischen Parlament wurde eine Volksvertretung geschaffen, um die Entscheidungsgewalt dieses „Staatenbundes eigener Art“ zu demokratisieren. Seine Mitglieder werden in freien und geheimen Wahlen in ganz Europa bestimmt. Der Kommissionspräsident und die Mitglieder der Kommission werden von den Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs nominiert und vom Europäischen Parlament bestätigt. So zieht die Kommission ihre Legitimation sowohl aus den national gewählten Regierungen der Mitgliedsstaaten, als auch aus den Abstimmungen des Europäischen Parlaments.

Zutreffend ist aber, dass die Anbindung der Bürgerinnen und Bürger an die EU, ihre Vertretung im Parlament und die Kontrollfunktionen des Parlaments gegenüber der Kommission enger und direkter gestaltet werden sollten. So könnten die Menschen in Europa besser erkennen, ob diese Institutionen für sie handeln und dass es Veränderungen geben kann, je nachdem, wen sie wählen.

- So sollte das Parlament endlich ein eigenes **Initiativrecht** bekommen, damit die Volksvertreterinnen und Vertreter selbst europäische Gesetze, Richtlinien und Verordnungen einbringen und zur Diskussion stellen können.
- Außerdem sollte es für die Europawahl **SpitzenkandidatInnen** geben, wie das bei der Wahl 2014 bereits der Fall war: Wählerinnen und Wähler sollten sich ein Bild von Zielen und Persönlichkeiten machen können, um zur europäischen Politik eine Beziehung aufbauen zu können. Solche Identifikationspersonen sollten damit auch im Erfolgsfall die gesetzten Kommissionspräsidenten sein.
- Schließlich wollen wir dem Parlament unmittelbare **Kontrollfunktionen** gegenüber der Kommission einräumen und stärkere Berichtspflichten einführen, die die Tätigkeit der Kommission transparenter machen.
- TTIP und CETA haben bewiesen, dass es wenig sinnvoll ist, **internationale Abkommen**, insbesondere umfassende Handelsabkommen in einem einheitlichen Vertragswerk auszuhandeln und sie dann nur als Block mit „ja“ oder „nein“ abstimmen zu lassen. Zukünftig müssten die Mandate für solche Abkommen bereits durch das Parlament erteilt und in Teilbereiche aufgegliedert werden, die eine demokratische Auseinandersetzung dazu auch im Detail ermöglichen. Die Abkommen sollten in solchen Teilbereichen verhandelt und zum frühesten vertretbaren Zeitpunkt auch der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. Insgesamt ist das Verfahren so zu gestalten, dass die demokratische Teilhabe der Öffentlichkeit und der Parlamente aller Mitgliedstaaten gesichert wird.

Alle diese Maßnahmen würden dazu führen, dass die Befürworter des Brexit und ihre populistischen Mitstreiter in anderen Mitgliedsstaaten der EU weder mangelnde Transparenz, noch mangelnde demokratische Kontrolle vorwerfen könnten. Nur: Genau diese Maßnahmen wollen sie nicht. Dies wäre nämlich ein wesentlicher Schritt zu mehr Integration in Europa, sie aber wollen Europa spalten. Ihre Kritik beseitigt nicht die Defizite, sie ist rein destruktiv.

Europa und Internationales

Ein Europa der gemeinsamen Verantwortung

Die Menschen erwarten von der EU zurecht, dass sie in der Lage ist, grenzüberschreitenden Problemen wirksam zu begegnen. Dort wo unmittelbar erkennbar ist, dass alle Staaten zusammen ein Problem lösen können, an dem ein einzelner Staat scheitern muss, gerade dort muss sich die EU beweisen.

Dies ist ihr gerade bei internationalen Konflikten zuletzt kaum noch gelungen. Der Bürgerkrieg in der Ukraine, der sich zum internationalen Militärkonflikt ausgeweitet hat, der Krieg in Syrien, der internationale Terrorismus, das Abkippen der Türkei in Chaos und Despotie oder der Umgang mit dem Zuzug Millionen Geflüchteter aus den umkämpften Regionen des Nahen und Mittleren Ostens: Statt einer starken, gemeinsamen Antwort erklang Vielstimmigkeit oder Schweigen. In all diesen Fragen hat die EU keine Einigkeit erzielt, keine Ergebnisse geliefert oder den Willen zur Einigung komplett vermissen lassen. Die EU steht hier als zaudernd und kleinmütig da. Der EU-interne Verteilmechanismus für schutzbedürftige Flüchtlinge etwa ist so gründlich gescheitert, dass er wie eine Karikatur auf die Schwäche der EU im Umgang mit ihrer internationalen Verantwortung wirkt. Das Europa der gemeinsamen Verantwortung braucht einen Neustart.

- Die EU muss ihr **Einwanderungsrecht auf eine gemeinsamere Basis stellen**. Die Beschränkung auf Teilaspekte wie die umstrittenen Grenzschutzregelungen oder die Regulierung des Arbeitsmarktzugangs Hochqualifizierter (BlueCard) genügt nicht mehr. Die EU braucht eine gemeinsame humanitäre Asylpolitik, ein gemeinsames Vorgehen bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Übereinkünfte über die Einwanderung von Drittstaatenangehörigen. Ein soziales Europa, das in einem bestimmten Rahmen Sozialhilfe und Mindestlohn gewährleistet, erleichtert die Einführung solcher Systeme. Jahrelang hat die deutsche Bundesregierung Fortschritte in diesem Bereich verweigert. Es ist gut, dass sie mittlerweile für Reformen in zentralen Bereichen wie der Dublin III-Verordnung offen ist. Ein gemeinsames europäisches Einwanderungsrecht muss verbindlich sein und darf weder die Staaten an den EU-Außengrenzen noch diejenigen mit einem liberaleren Asylrecht benachteiligen.
- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen ihre **Außenpolitik verbindlicher abstimmen**. Gerade jetzt, da ein Chor unqualifizierter Stimmen auf die internationale Bühne zurückkehrt, muss sich die EU international mit einer gemeinsamen, besonnenen Stimme Gehör verschaffen. Tritt Europa international geschlossen auf, kann es einen substantiellen Beitrag zu Konfliktprävention, internationaler Stabilität und globaler Ordnungspolitik leisten. Die europäische Außenpolitik muss dazu stärker vergemeinschaftet und durch das Europäische Parlament kontrolliert werden. Ein sichtbares Zeichen und wichtiges Instrument für ein geschlossenes internationales Agieren wäre ein ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat.